



Niederschrift

zur 17. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Lippstadt am 13.02.2012

Sitzungsraum: Rathausaal, Lange Straße 14, 59555 Lippstadt
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 22:00 Uhr

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Christof Sommer Vorsitzender

CDU-Fraktion

Herr Wilhelm Börskens ordentliches Mitglied
Herr Werner Bresser ordentliches Mitglied
Herr Jan Walter Hammer ordentliches Mitglied
Herr Gunter Gerd Köhler ordentliches Mitglied
Herr Michael Peter Demmer stellv. Mitglied

SPD-Fraktion

Herr Otto Brand ordentliches Mitglied
Herr Hans-Joachim Kayser ordentliches Mitglied
Frau Sabine Pfeffer ordentliches Mitglied
Herr Martin Schulz ordentliches Mitglied
Frau Gabriele Oelze-Krähling stellv. Mitglied

FDP-Fraktion

Herr Dr. Bernd Neuhoff ordentliches Mitglied
Herr Wilhelm Glarmin stellv. Mitglied

BG-Fraktion

Herr Gisbert Kreß ordentliches Mitglied
Herr Hans-Dieter Marche ordentliches Mitglied

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Ursula Jasperneite-Bröckelmann stellv. Mitglied

Fraktion Christdemokraten Lippstadt

Herr Christian Prahel stellv. Mitglied

Fraktion DIE LINKE

Herr Michael Bruns ordentliches Mitglied

Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Rainer Strotmeier

Herr Joachim Elliger

Herr Manfred Strieth

Herr Heinrich Horstmann

Herr Walter Böhle

Herr Dietmar Fleige

Frau Jutta Kleegräfe

Herr Klaus Brüngenolte

Herr Joachim Dreibrodt

Frau Birgit Rubart

Herr Wolfgang Streblov

Herr Joachim Zimmermann

Schriftführerin

in öffentlicher Sitzung

Vors. Personalrat

Gast

Herr Friedrich Wilhelm Hülsemann

In öffentlicher Sitzung

Herr Sommer eröffnete die Sitzung und begrüßte neben den Ausschussmitgliedern die Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse. Er stellte fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde und Beschlussfähigkeit vorlag.

1. Fragestunde für Einwohner

Herr Albert Bertling fragte nach, wo die Grenze für ein Geschäft der laufenden Verwaltung liege. Dazu teilte Herr Sommer mit, dass es keine allgemeingültige Betragsgrenze gibt, sich der Rat aber z. B. für Grundstücksgeschäfte ab einer bestimmten Höhe die Entscheidung vorbehalten hat.

Herr Bertling ging dann auf den Bericht der Örtlichen Rechnungsprüfung zur Einschätzung des/der Schulden-Portfolio-Managements/Beratung der Stadt Lippstadt durch die WestLB AG ein und bat um Auskunft darüber, warum den Bürgerinnen und Bürgern dieser Bericht bzw. ein Fazit daraus nicht zur Verfügung gestellt werde.

Herr Sommer wies darauf hin, dass es sich noch nicht um einen Abschlussbericht handele, sondern um einen Zwischenbericht, in dem die Stellungnahme der Verwaltung noch nicht eingearbeitet sei. Nachdem Zahlen aus diesem Zwischenbericht auf nicht ordnungsgemäßen Weg an die Öffentlichkeit gelangt seien, hätten alle Ratsmitglieder diesen zugeleitet bekommen. Es gehe jetzt darum, den endgültigen Abschlussbericht zu bewerten. Dazu werde es nicht nur zu einer Beratung und Beschlussfassung im Rechnungsprüfungsausschuss kommen, sondern auch zu einer Unterrichtung der Öffentlichkeit.

Eine Einwohnerin fragte nach, wie lange die Wahlzeit des 1. Beigeordneten Herrn Strotmeier noch dauere. Herr Sommer führte aus, dass er den genauen

Ablauf der Wahlzeit nicht vor Augen habe, diese aber in ca. 2 Jahren ende.

Im Anschluss an die Fragestunde für Einwohner stellte Herr Prahl den Antrag zur Geschäftsordnung, den Tagesordnungspunkt 12 vorzuziehen. Diesem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Zudem beantragte Herr Prahl, den Tagesordnungspunkt 22 in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Herr Sommer wies daraufhin, dass nach Einschätzung der eingeschalteten Kanzlei eine Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung empfohlen werde, insbesondere, da prozesstaktische Fragen zu erörtern seien.

Bei der anschließenden Abstimmung wurden 10 Stimmen für eine Behandlung im öffentlichen Teil abgegeben, 8 Stimmen dagegen.

**12. Fremdfinanzierungssituation und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Stadt Lippstadt;
hier: Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 23.01.2012
057/2012**

(Der Tagesordnungspunkt wurde aufgrund eines entsprechenden Geschäftsordnungsantrages vorgezogen und im Anschluss an die Fragestunde für Einwohner sowie die Beratung und Beschlussfassung zum Geschäftsordnungsantrag behandelt.)

Herr Sommer informierte die Ausschussmitglieder über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 10.01.2012, in dem folgender Beschluss gefasst wurde:

1. *Die Verwaltung wird aufgefordert innerhalb der nächsten vier Wochen eine Stellungnahme zu dem Berichtsentwurf der ÖRP abzugeben.*
2. *Die Stellungnahme wird den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses zugeleitet.*
3. *Nach Vorlage der Stellungnahme erstellt die ÖRP innerhalb von drei Wochen den Abschlussbericht. Vor dem Abschlussbericht hat eine Besprechung des vorläufigen Berichts sowie der Stellungnahme zwischen der Verwaltung und der ÖRP zu erfolgen.*
4. *Nach Vorlage des Abschlussberichts soll ein neutraler Gutachter, der später noch vom Ausschuss zu benennen ist, beauftragt werden, über die strittigen Punkte ein unabhängiges Gutachten zu verfassen.“*

Anschließend entwickelte sich eine umfassende Aussprache, an der sich die Herren Bruns und Sommer, Frau Jasperneite-Bröckelmann, die Herren Kayser, Demmer, Prahl, Strotmeier, Hammer, Marche und Brand beteiligten.

Im Rahmen dieser Diskussion wies Herr Bruns darauf hin, dass die Fraktion Die Linke zu dieser Thematik bereits einen umfassenden Antrag für die folgende Ratssitzung gestellt habe.

Frau Jasperneite-Bröckelmann formulierte einen Antrag in 5 Punkten, den sie dem Bürgermeister sowie den Fraktionsvorsitzenden in schriftlicher Form vor-

legte (s. Anlage). Dieser Antrag wurde von Herrn Kayser unterstützt.

Herr Prahl bat um Auskunft darüber, ob Prüfaufträge an den Städte- und Gemeindebund und die WRG erteilt wurden und wie die Kostendeckung geregelt sei. Zudem regte er an, als externe Prüfinstanzen die Kommunalaufsicht oder die Gemeindeprüfungsanstalt einzuschalten. Herr Sommer wies darauf hin, dass Stellungnahmen des Städte- und Gemeindebundes aufgrund der Mitgliedschaft der Stadt Lippstadt kostenlos seien.

Hinsichtlich des Antrages von Frau Jasperneite-Bröckelmann zur Offenlegung sämtlicher Beschlüsse und Vorlagen des Rates und des Haupt- und Finanzausschusses wies Herr Strotmeier darauf hin, dass zur Veröffentlichung des Ratsbeschlusses aus dem Jahr 2003 die Genehmigung der WestLB notwendig sei, da Inhalt des Beschlusses auch der Vertragsentwurf gewesen sei.

Herr Demmer regte an, den Antrag von Frau Jasperneite-Bröckelmann in der Form zu ergänzen, dass die Ratsmitglieder umfassend zum Thema Zinsderivatgeschäfte unterrichtet und geschult werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste folgenden Beschluss:

1. Der Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses vom 10.01.2012 wird umgesetzt.
2. Alle Verfahren zur inhaltlichen Änderung oder Beendigung von bestehenden Derivatgeschäften sind dem Haupt- und Finanzausschuss und Rat vorzulegen (Erweiterung bestehender Beschlusslagen auf alle Umstrukturierungen oder Auflösungen von Zinssicherungen und Zinsoptimierungen).
3. Die nach der Handreichung zum NKF (§86 GO NRW, Ziff. 4.2.6. Seite 390) vorgesehene detaillierte Information über alle Derivate ist umgehend für den Jahresabschluss 2010 nachzuholen und informativ auf den 31.12.2011 ebenfalls sofort öffentlich mitzuteilen.
4. Den Fraktionen sind die vorliegenden Marktwertaufstellungen (Marktwertkonditionen) der WestLB auf die Bewertungsstichtage 31.12.2010 und 31.12.2011 für die abgeschlossenen Zinsgeschäfte zur Kenntnis zu geben.
5. Den Fraktionen ist eine Aufstellung aller bestehenden Darlehn mit Konditionen und Laufzeit zuzuleiten.
6. Zur Unterrichtung der Öffentlichkeit sind sämtliche seit 2003 erfolgten Beschlüsse und Mitteilungsvorlagen im Rat und im Haupt- und Finanzausschuss sowie die bisherigen vorliegenden Stellungnahmen und Gutachten (die von der Verwaltung zur Darstellung der Thematik angeführt werden, u. a. Schreiben des Städte- und Gemeindebundes, Gutachten der WRG) – sofern notwendige Genehmigungen von dritter Seite zur Veröffentlichung vorliegen – allgemein öffentlich zugänglich zu machen.

Einstimmig zugestimmt bei 1 Enthaltung

Nach Beratung und Beschlussfassung des Tagesordnungspunktes 12 rief Herr Sommer den eigentlich für den nichtöffentlichen Sitzungsteil vorgesehenen Tagesordnungspunkt 22 auf, da dieser aufgrund eines Antrags zur Geschäftsordnung in öffentlicher Sitzung behandelt werden sollte. Er bat sodann Herrn Elliger, die Ausschussmitglieder über den Sachstand zu informieren.

Herr Elliger bat um Verständnis dafür, dass er in öffentlicher Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt keine Auskünfte erteilen könne. In der Angelegenheit sei bereits ein Anwalt beauftragt worden, der auch für andere Kommunen in ähnlich gelagerten Fällen tätig sei. Sofern in Lippstadt in öffentlicher Sitzung prozesstaktische Einzelheiten erörtert würden, die auch bei vergleichbaren Klageverfahren anderer Kommunen eine Rolle spielen, sei mit haftungsrechtlichen Folgen zu rechnen. Zudem liege das Einverständnis des Anwaltes zur öffentlichen Diskussion dieser Erwägungen nicht vor.

Nachdem sich die Herren Prah, Sommer, Demmer und Kayser zum Tagesordnungspunkt geäußert hatten, bestand Einigkeit darüber, die Behandlung im nichtöffentlichen Sitzungsteil vorzunehmen.

- 2. Antrag gem. § 24 Gemeindeordnung NW (GO NW)**
hier: Antrag der REP - Ortsverband Menden - sowie des Herrn Christian Dahlmann gerichtet auf die Anordnung eines Verbotes zur Ganzkörperverschleierung für öffentliche Bedienstete
036/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Bezug auf die Vorlage und beschloss:

„Der Haupt- u. Finanzausschuss nimmt den o. a. Antrag zur Kenntnis und beschließt von einer weiteren inhaltlichen Beratung abzusehen.“

Einstimmig zugestimmt

- 3. Zuschuss an den städt. Musikverein Lippstadt e. V.;**
hier: Wirtschaftsplan für die Spielzeit 2012/13
022/2012

Nach einem Wortbeitrag von Herrn Bruns beschloss der Haupt- und Finanzausschuss unter Bezugnahme auf die Vorlage, dem Rat zu empfehlen:

„Unter dem Vorbehalt der entsprechenden Mittelbereitstellung in dem jeweiligen Haushaltsjahr wird dem Wirtschaftsplan des Städt. Musikvereins Lippstadt e. V. für die Spielzeit 2012/13 zugestimmt. Der darin ausgewiesene Zuschuss in Höhe von 120.500 € soll in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 anteilig mit jeweils 50 % bereitgestellt werden.“

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 1 Enthaltung

**4. Beseitigung des Bahnschotters der ehemaligen Kisker-Bahntrasse
hier: Bewilligung einer außerplanmäßigen Ausgabe
032/2012**

An der Aussprache dieses Tagesordnungspunktes beteiligten sich Herr Sommer, Frau Jasperneite-Bröckelmann, Herr Kayser, Herr Horstmann und Herr Dreibrod. Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Bezug auf die Vorlage und beschloss, dem Rat zu empfehlen:

„Die für die Beseitigung des Bahnschotters auf der ehemaligen Kisker-Bahntrasse entstehenden Kosten in Höhe von ca. 170.000,00 € werden außerplanmäßig bereitgestellt.
Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen beim ASK I 01131001 (Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken).“

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen

**5. Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH (RLG)
hier: Entsendung eines Vertreters der Stadt Lippstadt in den Aufsichtsrat der RLG
047/2012**

An der Aussprache dieses Tagesordnungspunktes beteiligten sich die Herren Sommer, Kayser, Bresser, Dr. Neuhoff und Demmer. Seitens der Verwaltung wird geprüft, inwieweit ein Stellvertreter entsandt werden kann. Herr Kayser schlug für die Besetzung Frau Dr. Yasmine Freigang vor, Herr Demmer beantragte, ein Mitglied der Verwaltung in den Aufsichtsrat zu entsenden und schlug dafür Herrn Elliger vor.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage, dem Rat zu empfehlen:

„In den Aufsichtsrat der Regionalverkehr Ruhr-Lippe GmbH wird
Frau Dr. Yasmine Freigang als ordentliches Mitglied
entsandt.“

Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 6 Gegenstimmen und 1 Enthaltung

**6. Energiesparprojekte in städt. Schulen und Kindergärten
021/2012/1**

Nach Wortbeiträgen der Herren Sommer und Marche fasste der Haupt- und Finanzausschuss unter Bezugnahme auf die Vorlage den Beschluss, dem Rat zu empfehlen:

1. Der Wiedereinführung der Energiesparprojekte an städtischen Schulen

und in städtischen Kindergärten wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel aus der Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu beantragen.

Einstimmig zugestimmt

7. Finanzielle Zuwendungen an die Fraktionen gemäß § 56 Absatz 3 GO NW hier: Antrag der Ratsfraktion Die Linke vom 30.01.2012
060/2012

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußerten sich die Herren Sommer, Bruns, Kayser und Bresser. Die Angelegenheit wurde ohne Beschlussempfehlung an den Rat weitergeleitet.

8. Informationen des Fachbereichs Zentraler Service zum Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2012
030/2012

Die Ausschussmitglieder nahmen den Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. Information des Fachbereiches Finanzen und Liegenschaften zum Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2012
048/2012

Nachdem Herr Strotmeier und Herr Sommer Ausführungen zu einer Anfrage von Herrn Bruns hinsichtlich der Ansätze für die Schulden-Portfolio-Beratung gemacht hatten, nahmen die Ausschussmitglieder den Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

10. Information des Fachbereichs Recht und Ordnung zum Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2012
040/2012

Die Ausschussmitglieder nahmen den Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

11. Information des Baubetriebshofes zum Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2012
049/2012

Unter diesem Tagesordnungspunkt beantwortete Herr Utzel eine Frage von Herrn Marche zum Stundenumfang der Laubbeseitigung im Januar. Die Ausschussmitglieder nahmen den Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

13. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 und Fortführung des freiwilligen Haushaltssicherungsprogrammes (HSP) für die Jahre 2012 bis 2015

055/2012

Frau Jasperneite-Bröckelmann stellte den Antrag, die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung an den Rat weiterzuleiten. Gegen diese Vorgehensweise erhob sich kein Widerspruch.

14. 11. Änderung der Anlage zur Vergabeordnung der Stadt Lippstadt

010/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage, dem Rat zu empfehlen:

„Die 11. Änderung der Anlage zu § 5 Abs. 2 Vergabeordnung der Stadt Lippstadt wird beschlossen.“

Einstimmig zugestimmt bei 1 Enthaltung

15. Papierloser Stadtrat und Ratsinformationssystem

033/2012

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußerten sich die Herren Sommer, Bruns, Prahl, Kayser und Böhle.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschuss nahmen den Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

**16. Dienstreise von Beiräten;
hier: Genehmigung der für Mittwoch, 14.03.2012, geplanten Dienstreise (Tagesfahrt) der Mitglieder des Integrationsrates zum Landtag Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf**

034/2012

Nach Wortbeiträgen der Herren Bruns und Strieth beschloss der Haupt- und Finanzausschuss unter Bezugnahme auf die Vorlage:

„Der für den 14.03.2012 geplanten Dienstreise (Tagesfahrt) der Mitglieder des Integrationsrates zum Landtag Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf wird zugestimmt.“

Einstimmig zugestimmt

17. Unterrichtung über gem. § 83 Abs. 1 GO genehmigte über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen
038/2012

Zu diesem Tagesordnungspunkt äußerten sich die Herren Sommer, Kayser, Elliger, Marche, Streblow, Dreibrodts und Schulz.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses nahmen den Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

18. Fragen der Ausschussmitglieder/Berichte der Verwaltung

Es wurden weder Fragen der Ausschussmitglieder noch Berichte der Verwaltung vorgetragen.

Ende des öffentlichen Teils um 20:45 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführerin